



MIETZINSBEIHILFE Ansuchen

Einzureichen beim Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Wohnbauförderung
über den Stadtmagistrat Innsbruck bzw. das Gemeinde(Stadt)amt

1. Ansuchen Folgeansuchen

Zahl: WBF-MuAB

Eingangsstempel
des Stadtmagistrates Innsbruck, bzw.
des Stadt-, Markt- oder Gemeindeamtes

Eingangsstempel
der Abteilung Wohnbauförderung

Förderungswerber / Antragsteller (Empfänger der Beihilfe)

Familienname: Vorname:

Wohnadresse
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Top-Nr.):

Geburtsdatum: Telefonnummer: E-Mail Adresse:

derzeit monatliches
ausgeübter Beruf: Nettoeinkommen: EUR selbstständig nicht selbstständig

Personenstand: ledig verheiratet in eingetragener Partnerschaft lebend geschieden verwitwet

Staatsbürgerschaft: Österreich sonstige (Angabe des Staates):

Angaben zur Wohnung / zum Haus

Bezugsdatum der Wohnung: Nutzfläche: m²

Anzahl der Räume (Zimmer) der Wohnung: Küche Bad WC Dusche Speis Vorraum

Eigentümer der Wohnung / des Hauses

Familienname: Vorname:

Wohnadresse
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Top-Nr.):

Telefonnummer: E-Mail Adresse:

Das Wohnobjekt wird von folgenden, weiteren Personen bewohnt

- Ehegatte(in) Lebensgefährte(in) eingetragene(r) Partner(in)

Familienname: Vorname:

Geburtsdatum: Telefonnummer: E-Mail Adresse:

derzeit monatliches
 ausgeübter Beruf: Nettoeinkommen: EUR selbstständig nicht selbstständig

Personenstand: ledig verheiratet in eingetragener Partnerschaft lebend geschieden verwitwet

Staatsbürgerschaft: Österreich sonstige (Angabe des Staates):

Weitere Personen

Familienname und Vorname	Geburtsdatum	Verwandschafts- verhältnis zum Förderungswerber	ausgeübter Beruf	Bezug einer Familienbeihilfe*
.....	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
.....	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
.....	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
.....	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
.....	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
.....	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

*durch den (die) Förderungswerber(in) oder den (die) Ehegatten(in) / Lebensgefährten(in) / eingetragene(n) Partner(in)

Beeinträchtigung

Der (Die) Förderungswerber(in) oder ein Familienmitglied ist erwerbsgemindert.

Familienname und Vorname:

Minderung der Erwerbsfähigkeit in %: (Nachweis ist beizulegen)

Weitere Beihilfen

Ich beziehe für die gegenständliche Wohnung folgende Beihilfe:

auszahlende Stelle seit: EUR

Weiteres Einkommen / Eigentum

Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung: EUR

Haus und Grundeigentum: Ort Art Einheitswert

Erklärungen

- Ich verpflichte mich, die Wohnung für die Dauer der Gewährung der Beihilfe regelmäßig zur Befriedigung meines Wohnbedürfnisses zu verwenden. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Beihilfe nach Maßgabe der Richtlinie über die Gewährung einer Mietzins- und Annuitätenbeihilfe gewährt wird und für die Zahlung des Wohnungsaufwands zweckgebunden zu verwenden ist.
- Ich verpflichte mich, jeden Umstand, der zu einer Verringerung der Beihilfe oder zu deren Einstellung führen kann (insbesondere eine Änderung des (Familien)Einkommens, der Familiengröße oder einen Wohnungswechsel) innerhalb eines Monats dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wohnbauförderung, im Wege über meine Wohngemeinde, zu melden.
- Ich erkläre, dass ich im letzten Kalenderjahr außer dem bereits nachgewiesenen Einkommen keine sonstigen (z.B. steuerfreien) in- oder ausländische Einkünfte bezogen habe. Weiters erkläre ich, dass bei unrealistisch erscheinenden Einkommensverhältnissen zumindest die Mindestsätze nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz zur Einkommensberechnung herangezogen werden können. Ich erteile meine ausdrückliche Zustimmung, dass die Abteilung Wohnbauförderung erforderlichenfalls beim zuständigen Finanzamt, beim Arbeitgeber oder sonstigen Stellen Einkünfte über alle Fragen einholen kann, die zur Ermittlung des (Familien)Einkommens notwendig sind.
- Ich erkläre das Ansuchen und die sonstigen Einreichunterlagen wahrheitsgetreu ausgefüllt zu haben. Ich nehme zur Kenntnis, dass sich das Land eine Kontrolle meiner Angaben und Erklärungen vorbehält und **nicht wahrheitsgetreue Angaben strafrechtlich geahndet** werden.
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Mietzinsbeihilfe im Falle eines Mietzinsrückstandes von drei Monatsmieten oder von mehr als EUR 360,-- direkt auf das Konto des Vermieters (Verwalters) überwiesen wird. Diesbezüglich verpflichte ich mich, einen relevanten Rückstand unverzüglich der Beihilfenstelle zu melden. Um die zweckmäßige Verwendung der Beihilfe sicherstellen zu können, erkläre ich mich damit einverstanden, dass die Beihilfenstelle Informationen über meine Mietzinszahlungen bzw. Rückstände direkt beim Vermieter (Verwalter) anfordern kann.
- Ich nehme zur Kenntnis, dass zur Wahrung der berechtigten Interessen des Landes Tirol, insbesondere zur Vermeidung von Doppelförderungen, die im Rahmen der Förderungsabwicklung verarbeiteten personenbezogenen Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO an die Transparenzdatenbank des Bundes übermittelt werden.
- Ich verpflichte mich, zu Unrecht empfangene Mietzinsbeihilfen sofort zurückzuzahlen. Über Verlangen des Landes sind die zurückzuzahlenden Beträge mit einem jährlichen Zinssatz zu verzinsen, der 1,75 Prozentpunkte über dem 3-Monats-Euribor, kaufmännisch gerundet auf die zweite Dezimalstelle liegt.

Überweisungsauftrag

Ich ersuche um Überweisung der Förderung(en) auf folgendes Konto

IBAN:

lautend auf:

Unterfertigung durch den Beihilfenempfänger

....., am.....

Unterschrift

Erforderliche Einreichunterlagen

Einkommensnachweise (vom Antragsteller und aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen)

- Jahreslohnzettel des vorangegangenen Kalenderjahres
- Einkommenssteuerbescheid des letzten veranlagten Kalenderjahres
- Bestätigung über Arbeitslosengeld, Kinderbetreuungsgeld (Karenzgeld), AMS-Beihilfe
- Bestätigung über Unterhalts-/ Alimentationszahlungen (z.B. Kontoauszug)

sonstige Unterlagen

- Mietvertrag (in Kopie) - nur bei Erstansuchen
- Nachweis Wohnungsaufwand (Mietvorschreibung oder Einzahlungsbeleg für die Miete oder Mietenbestätigung-F8a)

Von der Wohnortgemeinde auszufüllen

Angaben zum Mietobjekt

Katastralgemeinde

Einlagezahl im Grundbuch

Grundstück(e) – Nr. (Gp. bzw. Bp)

Hinweis: Der Antrag kann nur bei vollständig ausgefüllten Angaben zum Mietobjekt weiterbearbeitet werden.

Bestätigung der Angaben im Ansuchen

Die Richtigkeit der vom Beihilfenbezieher (von der Beihilfenbezieherin) gemachten Angaben werden bestätigt.

Die Gemeinde bestätigt, dass der Beihilfenbezieher (die Beihilfenbezieherin) seit mindestens 2 Jahren oder insgesamt 15 Jahre in der Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt-, Marktgemeinde, der Stadtmagistrat Innsbruck oder die gemeinnützige Institution dem Land Tirol 20 Prozent des Beihilfenbetrages zu ersetzen.

Allfällige Stellungnahme:

..... , am

.....
Unterschrift des **Bürgermeisters**
und **Gemeindesiegel**



Referat III
Tel.-Nr.: 05262/6961-1301
Fax-Nr.: 05262/6961-1399
E-Mail: beate.walser@telfs.gv.at
http://www.telfs.gv.at
UID-Nr.: ATU 37819508

Eidesstattliche Erklärung

Eidesstattliche Erklärung

Für das Ansuchen auf Mietzinsbeihilfe von:

Nachname:	Vorname:
Adresse:	Plz. / Ort:

Ich erkläre an Eides statt, dass außer dem(r) Antragsteller(in) keine / folgende *) Person(en) in meinem Haushalt leben.

Name	Geburtsdatum
*	
*	
*	
*	
*	

Ich erkläre, diese eidesstattliche Erklärung wahrheitsgemäß ausgefüllt zu haben und verpflichte mich, zu Unrecht empfangene Mietzinsbeihilfe sofort zurückzubezahlen.

Die auf der zweiten Seite der eidesstattlichen Erklärung angeführten §§ 146 und 288 StGB habe ich zur Kenntnis genommen.

Telfs, am _____

Unterschrift: _____

§ 146 StGB: Betrug:

Wer mit dem Vorsatz, durch das Verhalten des Getäuschten sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern, jemanden durch Täuschung über Tatsachen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung verleitet, die diesen oder einen anderen am Vermögen schädigt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

§ 288 StGB: Falsche Beweisaussage vor Gericht

(1) Wer vor Gericht als Zeuge oder, soweit er nicht zugleich Partei ist, als Auskunftsperson bei seiner förmlichen Vernehmung zur Sache falsch aussagt oder als Sachverständiger einen falschen Befund oder ein falsches Gutachten erstattet, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

(2) Wer vor Gericht eine falsche Beweisaussage (Abs. 1) unter Eid ablegt oder mit einem Eid bekräftigt oder sonst einen in den Gesetzen vorgesehenen Eid vor Gericht falsch schwört, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Einem Eid steht die Berufung auf einen früher abgelegten Eid und bei Personen, die von der Pflicht zur Eidesleistung befreit sind, die anstelle des Eides vorgesehene Beteuerung gleich.

(3) Nach den Abs. 1 und 2 ist auch zu bestrafen, wer eine dort genannte Handlung im Verfahren vor einem nach Art. 53 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1992 eingesetzten Ausschuss oder einer Disziplinarbehörde des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde begeht.



MIETENBESTÄTIGUNG

*des Wohnungsgebers, Hausverwalters über die Höhe des Mietzinses, der Betriebs-, Instandhaltungs-,
Verwaltungs- und Heizkosten*

Personenbezogene Angaben des Mieters:

Familien- oder Nachname: Vorname:

geboren am: wohnhaft in:

Straße: Hausnummer: Top Nr.:

hat seit eine dem Unterfertigten gehörenden Wohnung mit einer Nutzfläche von
..... m² gemietet.

Zusammensetzung der Miete:

Miete / Nutzungsentgelt: EUR _____

Verwaltungskostenbeitrag: EUR _____

Instandhaltungsbeitrag: EUR _____

Betriebskostenakontierung: EUR _____

Heizkostenakontierung: EUR _____

Mehrwertsteuer: EUR _____

Gesamtkosten EUR _____

..... am,

.....
Unterschrift des Wohnungseigentümers

Informationsblatt

Beilagen zum Ansuchen auf Mietzinsbeihilfe

- ❖ Das Antragsformular muss vollständig ausgefüllt werden!

- ❖ Das Formblatt „MIETENBESTÄTIGUNG“ muss vom VERMIETER (Wohnungseigentümer) ausgefüllt werden!

Bei ERSTANSUCHEN den Mietvertrag oder Räumungsvergleich in Kopie beilegen!

- ❖ Das Formblatt „Eidesstattliche Erklärung“ wird vom ANTRAGSTELLER (Mieter) ausgefüllt!

- ❖ JAHRESLOHNZETTEL vom VORJAHR (oder Bescheid Arbeitnehmerveranlagung vom Finanzamt) und den bei Antragstellung aktuellen Lohnzettel beilegen; sämtliche andere Einkommensnachweise (Unterhalt, Alimente, Karenzbestätigung, Arbeitslosenbescheid etc.) müssen ebenfalls dem Antrag beigelegt werden!

- ❖ EINZAHLUNGSBESTÄTIGUNG der Miete (Kopie von Kontoauszug, Bankbestätigung, Bestätigung über Dauerauftrag o.ä.) beilegen!